



f Elke Kahr

Gemeinderat Graz: Damit Sie wissen, was im Rathaus vorgeht!

Gemeinderatssitzung 1. Oktober 2015

GRAZ KPO informiert:
www.kpoe-graz.at Informationsblatt des KPÖ-Gemeinderatsklubs



Arm trotz Arbeit im „Haus Graz“?

Löhne und Gehälter, von denen man leben kann, sind ein wichtiger Schlüssel für soziale Gerechtigkeit. „Statt auf den Menschen, die auf die Mindestsicherung angewiesen sind, herumzuhacken, sind effektive Lösungen gefragt. Die Stadt Graz hat hier Vorbildfunktion“, sagt KPÖ-Gemeinderat **Robert Krotzer**.



Die KPÖ verlangte daher einen Bericht darüber, in welchem Ausmaß es im „Haus Graz“ Beschäftigungsverhältnisse mit so geringen Einkommen gibt, dass die Bediensteten unter der Einkommensgrenze für die Bedarfsorientierte Mindestsicherung bleiben. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Beton statt Grünraum

Mit dem Beschluss des Bebauungsplans Grillparzerstraße – Richard-Wagner-Gasse – Bergmannsgasse – Lindweg – Körblergasse stimmten ÖVP und SPÖ für die Verbauung eines Innenhofs und damit gegen Lebensqualität.



die Heranrückung an die denkmalgeschützten Gebäude der Postsiedlung am Lindweg sind für KPÖ-Planungssprecher **Manfred Eber** inakzeptabel. „Es hat sich wieder einmal

gezeigt: Trotz aller Lippenbekenntnisse für Grünraumsicherung sind sich Schwarz und Rot immer einig, wenn es darum geht, Investoren-Interessen zu bedienen“, so Eber.

Nicht nur die Vernichtung wertvollen Grünraums, sondern auch die Errichtung eines Gebäudes am nördlichen Ende der Grillparzerstraße und

Sexistische Werbung

Viele Frauen beklagen zu Recht, dass sexistische Werbung immer mehr zunimmt. Deshalb hat die ehemalige Frauenbeauftragte, Maggie Jansenberger, 2009 eine Watchgroup initiiert. Mehrere Werbesujets mit sexistischem Inhalt wurden seither zurückgezogen. Jetzt will Stadträtin Schröck die Förderung für die Watchgroup streichen und ihre Agenden dem



Magistrat unterordnen. Gemeinderätin **Martina Thomüller** und viele andere Frauen haben große Bedenken, weil sie dadurch die Unabhängigkeit gefährdet sehen. „Die Watchgroup hat bisher großartige Arbeit geleistet. Das Vorgehen von Stadträtin Schröck ist völlig unverständlich!“, sagt KPÖ-Gemeinderätin **Martina Thomüller**.

Elke Kahr

Spielsucht: Die Zeche zahlen die Betroffenen



Mit dem neuen Glücksspielgesetz wurde festgelegt, dass Land und Gemeinden ab 2016 keine Abgaben aus dem Kleinen Glücksspiel mehr einheben dürfen. Zugleich wurde den Bundesländern freigestellt, das Kleine Glücksspiel zu verbieten. Die KPÖ fordert dieses Verbot seit Jahren. ÖVP, SPÖ und FPÖ haben das immer wieder verhindert. Wien hat dieses Verbot mittlerweile durchgesetzt.

In der Steiermark wurden Lizenzen für rund 1000 Automaten ausgeschrieben. Nutznießer sind drei Konzerne. Mit den bisher erzielten Einnahmen aus der Lustbarkeitsabgabe konnte die Stadt wenigstens einen kleinen Teil der gesellschaftlichen Schäden begleichen. Künftig wird es nur mehr einen kleinen Betrag als eine Art „Ausgleichszahlung“ geben.

Die Zeche aber werden die Betroffenen zahlen: die Spielsüchtigen und ihre Angehörigen.

IHRE KPÖ-STADTRÄTIN ELKE KAHR

Graz beschließt „Stadtteilarbeit“

11 Projekte nach dem Leitbild Stadtteilarbeit wurden in den letzten Jahren gemeinsam mit

dem Friedensbüro umgesetzt. Wertvolle und wichtige Anlaufstellen sind u.a. das Stadtteilzentrum Triester, das Mehrgenerationenhaus Waltendorf oder das Stadtteilzentrum in der Schönausiedlung. „Hier können Menschen einander treffen, ihre Sorgen loswerden und Vorschläge und Anregungen einbringen“, erklärt die zuständige Wohnungstadträtin **Elke Kahr**. Es gibt kulturelle und sportliche Angebote, Nachbarschaftsgärten, Lernhilfen, Erzählcafés usw. Nur die FPÖ stimmte dagegen.

Mieternotruf
717108

www.kpoe-graz.at/mieternotruf

Auf keinen Menschen
vergessen!

An der Kanzel: Stockender Verkehr und Auffahrunfälle

Die Wiener Straße (B 67) zählt zu den am stärksten befahrenen Straßen des Grazer Nordens. Möchte man von Gratkorn kommend die erste Einfahrt zum Weg „An der Kanzel“ nehmen, so ist das Linksabbiegen nur unter



sehr gefährlichen Gegebenheiten möglich. „Flüssiger Verkehr wird oft abrupt abgebremst und sogar Auffahrunfälle passieren“, schildert KPÖ-Gemeinderat **Christian Sikora**. Er fordert eine Linksabbiegespur.

Fußgängerübergang Elisabethstraße/Strassoldogasse

Das Verkehrsaufkommen in der Elisabethstraße ist horrend. Damit verschiedene Institute der Karl-Franzens-Universität sowie die „Energie Steiermark“ besser erreichbar sind, beantragte KPÖ-Gemeinderätin **Uli Taberhofer** einen Fußgängerübergang auf Höhe der Strassoldogasse.



Schülerlotsen Rosenberggürtel

Auf Grund der intensiven Bauarbeiten im Umfeld der genannten Schule steigt bei vielen Eltern die Sorge um die Sicherheit der Kinder auf dem Schulweg. KPÖ-Gemeinderat **Andreas Fabisch** beantragte die Einrichtung eines Schülerlotsendienstes – zumindest bis Ende der Bauarbeiten.



Weitere Initiativen der KPÖ im GRAZER Gemeinderat (1.10. 2015)

- ⇒ Gitarren für die Volksschule Fischerau – Uli Taberhofer
- ⇒ Milchautomaten aufstellen – Christine Braunersreuther
- ⇒ Platz für Spiel und Sport trotz Ballsporthalle – Manfred Eber
- ⇒ Eingangsbereich zum Jüdischen Friedhof sanieren – Andreas Fabisch
- ⇒ Klimaanlage für Cityrunner – Christian Sikora
- ⇒ Lückenschluss Radweg 2 zum Kraftwerk Gössendorf – Christian Sikora

Kunsthhaus muss die Menschen erreichen!

Eine Öffnung des Kunsthhauses für ein breiteres Publikum bei gleichbleibend hohem Ausstellungsniveau soll künftig garantiert werden können. Deshalb stellte KPÖ-Gemeinderätin **Christine Braunersreuther** den Antrag, bei der Ausschreibung der neuen Kunsthausleitung von den BewerberInnen Konzepte für einen niederschweligen Zugang verlangen.



Der Antrag fand leider keine Mehrheit. Kulturstadträtin Rucker meinte, sie hoffe, dass ein kürzlich beschlossenes Leitbild für das Kunsthhaus ausreichen würde. „Es wäre nicht notwendig, auf Hoffnung zu setzen, wenn die Stadt schon in der Ausschreibung klare Vorgaben machen würde“, machte Braunersreuther ihre Skepsis deutlich.

Parlamentarische Bürgerinitiative an den Österreichischen Nationalrat

Weg mit der Maklerprovision für Mieter!

Seit Jahren sind die Wohnungsmieten Spitzenreiter in der österreichischen Teuerungsstatistik. Hauptursache sind schwammige Gesetze, die die Tore für die Preistreiber weit aufgemacht haben. Ein Punkt, der oft übersehen wird, ist die Rolle der Makler selbst. Da sich ihre Provision nach der Höhe der Miete berechnet, haben sie großes Interesse an maximalen Mieten.

In Deutschland muss der Vermieter die Provision zahlen. Auch in anderen europäischen Ländern wie Großbritannien, Holland, Belgien, Norwegen, Irland oder der Schweiz muss der Mieter keine Provision zahlen.

Der Wegfall der Maklerprovision für den Mieter ist nicht nur fair, sondern bringt auch eine Erleichterung bei den Einstiegskosten für Wohnungssuchende.

**Deshalb fordert die KPÖ den Bundesgesetzgeber auf, zu beschließen:
Für die Kosten der Maklerprovision muss ausschließlich der Vermieter aufkommen.
Die Maklerprovision pro vermittelter Wohnung darf 500 Euro nicht überschreiten.**

Wussten Sie, dass...

...die FPÖ 2011 mit einer Petition beim Bund erreichen wollte, dass die seit 2010 geltende Beschränkung der Maklergebühren auf höchstens zwei Monatsmieten wieder zurückgenommen wird? Mit folgender Begründung: „Die Änderungen sind für viele Immobilienmakler existenzbedrohend und haben mittlerweile auch zu erheblichen Umsatzeinbußen in der Branche geführt.“

Name	Adresse	Geburts-Datum	Datum der Unterstützung	Unterschrift



KPÖ

Eine Initiative der KPÖ Graz Elke Kahr

Unterschriften bitte an KPÖ Graz, Volkshaus, Lagergasse 98a, 8020 Graz senden.
Informationen und Bestellungen: Tel. 0316 / 71 24 79
Fax: 0316 / 71 62 91 • E-Mail: bl-graz@kpoe-graz.at • www.kpoe-graz.at